

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Vor Abbruch der Pariser Konferenz? Wo bleiben die Arbeitsgerichte?

Nach übereinstimmender Auffassung englischer und französischer Blätter muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Pariser Konferenz heute ergebnislos auseinandergehen wird. Der Pariser „Matin“ schreibt zur Lage: „Sie haben noch nicht gebrochen — das ist alles, was man von dem gestrigen Konferenztag sagen kann. Aber es ist zweifelhaft, ob man heute abend die Formel gefunden haben wird.“ Ebenso schreibt der offiziöse Havas-Berichterstatter, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen den englischen und französischen Theben grundlegend sei und ein Abkommen unwahrscheinlich zu machen scheine. Allerdings sei es nicht unmöglich, daß die italienische Delegation heute ein Kompromiß einbringen werde. Es sei aber sehr unwahrscheinlich, daß ein Kompromiß zwischen so widerspruchsvollen Plänen zustande kommen könne. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde heute die Entscheidung fallen, und wenn es dazu käme, daß die Alliierten ihre Uneinigkeit feststellen müßten, werde Frankreich gezwungen sein, allein zu handeln.

Trotz dieser kategorischen Erklärung des offiziellen Berichterstatters merkt man der französischen Presse eine gewisse Unruhe an. So schreibt der „Matin“:

Die Psychologie Bonar Law's hat sogar etwas Merkwürdiges, denn er scheint einen Bruchfallblättig ins Auge zu fassen. In den wenigen Bemerkungen, die er gestern nach der lichtvollen Anklage Poincaré's gegen den Plan Brabburys vorgebracht hat, hat er sich an Einzelheiten geklammert und sich nicht im geringsten bemüht, die berechtigten französischen Befürchtungen zu verschweigen. Er hat selbst in privaten Unterredungen mehrere Male den Bruch als unvermeidlich bezeichnet. Er hat die Folgen ins Auge gefaßt, er weiß, daß wenige Tage nachher Frankreich sich moralisch gezwungen fühlen wird, wenn es nicht auf immer jede Hoffnung, seine Ruinen wieder aufbauen zu können, verlieren will, auf deutschem Gebiete produktive Pfländer zu nehmen, nicht um sie zu behalten, sondern um durch sie die notwendige Einseitigkeit zu einer direkten Verhandlung zu schaffen.

Einen gewissen Trost in dieser Situation findet die Pariser Presse in der Haltung der belgischen Delegation, die sich dem französischen Standpunkt sehr stark genähert hat und deren Führer Theunis es ablehnt, zwischen dem englischen und dem französischen Standpunkt zu vermitteln. Auch der Besuch des belgischen Königs beim Präsidenten Millerand wird für das gemeinsame Zusammengehen Frankreichs und Belgiens ausgeschlagen. Doch dieser Hinweis dürfte die öffentliche Meinung Frankreichs kaum darüber hinwegtäuschen, daß Bonar Law, trotz aller zuvorkommenden Erklärungen an die Adresse Frankreichs, nicht gewillt zu sein scheint, den von Poincaré geforderten verhängnisvollen Weg zu beschreiten.

Die englische Presse sekundiert hierbei kräftig der englischen Delegation in Paris. „Daily Mail“ berichtet aus Paris: Da sich Bonar Law gestern geweigert habe, den französischen Reparationsplan in Betracht zu ziehen, und da Poincaré es abgelehnt habe, die britischen Vorschläge zu erörtern, sei es wahrscheinlich, daß die Pariser Konferenz, ohne ein Abkommen zu erzielen, auseinandergehen werde. Man erwarte, daß die britische Delegation heute abend aus Paris nach London abfahren werde. Gleich nach ihrer Rückkehr werde eine Kabinettsitzung einberufen werden, um die vollkommen neue politische Lage Europas zu erwägen. Gleichzeitig gibt das Londoner Blatt folgende Äußerung eines der britischen Delegierten gegenüber seinem Berichterstatter wieder:

Das Hauptziel müsse im gegenwärtigen Augenblick sein, den Bruch zwischen Frankreich und Großbritannien so klein wie möglich zu machen. Trotzdem die Engländer überzeugt seien, daß der französische Plan verhängnisvolle Folgen haben werde, sei ihre Freundschaft für Frankreich nicht weniger aufrichtig. Der britische Plan, der in der Hauptsache das Wort Bonar Law's und Sir Philip Lloyd Georges sei und der am letzten Freitag vom britischen Kabinett einstimmig gebilligt wurde, lege tatsächlich nach Ansicht von Finanziers Deutschlands mehr auf, als es in Wirklichkeit zählen könne. Er stelle die Grenze dar, der die britische Regierung zustimmen könne und die englische Regierung habe es für an der Zeit erachtet, daß zur Vorbereitung dieses Planes die wirkliche Lage Deutschlands in der Weltfinanz klargestellt werden solle. Dem Mitarbeiter der „Daily Mail“ zufolge rechnet die britische Regierung auf die Billigung ihres Planes durch die Vereinigten Staaten und erwartet, daß er die Aufgabe B. Swins in Washington leichter gestalten werde.

Die Haltung Bonar Law's in Paris scheint in der Tat außerordentlich von dem Bestreben beeinflusst zu sein, ein Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten in der Reparationsfrage herbeizuführen, um dem gegenwärtig in Amerika weilenden Schatzkanzler Baldwin eine günstige Basis für die Verhandlungen in der Frage der interalliierten Schulden zu schaffen. Das Echo, das die Pariser Verhandlungen in Amerika finden, sind vorläufig diesen Bestrebungen günstig. Die öffentliche Meinung Amerikas unterstützt allgemein die Vorschläge der englischen Regierung, während die französischen Vorschläge durchweg abfällig beurteilt werden. Bedeutsam ist auch folgende Meldung des „New York Herald“ aus Washington:

Die amerikanische Regierung wird von ihrem Botschafter Herrick und ihrem Beobachter in der Reparationskommission Bagden auf das eingehendste über den Verlauf der Pariser Konferenz unterrichtet, und die öffentliche Meinung interessiert sich sehr dafür. Man versichert, daß Harding die positive Haltung in der von Amerika

einzuschlagenden Politik einnehme. Er ist fest überzeugt, daß die Reparationsfrage gelöst werden kann und werden muß und will alle Mittel des Landes in Bewegung setzen, um ein Einvernehmen herbeizuführen; obwohl gleichzeitig der Wunsch besteht, daß die amerikanischen Anstrengungen nicht zu sehr geltend gemacht werden sollen. Infolgedessen glaubt man, daß eine amerikanische Intervention nicht die Form eines Druckes annehmen würde.

In derselben Richtung geht auch die neuerdings vom Demokraten Robinson im amerikanischen Senat eingebrachte Resolution, in der die künftige Vertretung der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission gefordert wird. Präsident Harding soll ermächtigt werden, einen oder mehrere amerikanische Vertreter für die Reparationskommission zu ernennen. Die Resolution besagt, der Berliner Vertrag gebe den Vereinigten Staaten das Recht, an den Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages teilzunehmen. Es ist anzunehmen, daß diese Resolution zur Wiederaufnahme der Debatte über die auswärtigen Angelegenheiten und zu einem aktiven Vorgehen Hardings führen wird, zumal der jetzt in Amerika befindliche Londoner Botschafter Harvey in Harding dringt, sich an der Regelung der europäischen Schwierigkeiten zu beteiligen. Wenn bei der augenblicklichen verworrenen Lage eine Vorauflage möglich ist, so kann sie nur dahin lauten, daß nach der sehr wahrscheinlichen Vertagung der Pariser Konferenz der Schwerpunkt der europäischen Politik sich von Paris und London nach Washington verschieben wird.

### Die Pariser Konferenz.

Nach der gestrigen Nachmittagsitzung der Konferenz berichtet Havas noch folgende Einzelheiten:

Nach der Rede Poincaré's erklärte Theunis, das englische Memorandum habe die Belgier ebenso enttäuscht wie die Franzosen. Es beweise, daß ein unüberbrückbarer Abgrund den britischen und den französisch-belgischen Standpunkt in der Reparationsfrage trenne. Theunis habe hinzugefügt:

er bedauere, daß unter diesen Umständen Belgien nicht die Rolle eines Vermittlers zwischen den beiden großen Staaten spielen könne, was ihm bei den früheren Konferenzen gelungen sei.

Der belgische Ministerpräsident habe auch noch auf den „fortgesetzten schlechten Willen Deutschlands“ hingewiesen, der sich seit Spa immer verstärkt habe. Er habe auch von der Priorität Belgiens gesprochen, der durch den englischen Plan Abbruch getan werde, und schließlich erklärt, Poincaré habe alles gesagt, was über den englischen Plan zu sagen sei. Zum Schluß habe er den Wunsch ausgesprochen, man möge sich einer provisorischen Lösung anschließen, aus der die Erörterung der Frage der interalliierten Schulden ausgeschaltet werde, und beispielsweise für ein Jahr das französische Moratoriumsproblem mit Pfländern ansprechen.

Hierauf begann der italienische Delegierte Marquis della Torretta den italienischen Standpunkt zu entwickeln, ersuchte aber schließlich die Konferenz, ihm zu gestatten, sein Exposé auf morgen zu verschieben, da ihm noch gewisse technische Einzelheiten fehlten.

Als letzter habe Bonar Law gesprochen. Er habe Poincaré's außerordentlichem Talent als Advokat gehuldigt und auch die Ueberzeugung anerkannt, mit der Poincaré gegen die englische These gesprochen habe. Bonar Law habe erklärt, er sei heute nicht bereit, seinerseits die Einwendungen Poincaré's zu widerlegen; das werde er morgen tun. Jedoch habe er sofort einige Einzelheiten aufgeführt, so habe er beispielsweise den Teil seines Planes zur Rückgezogenheit, der den Rest der belgischen Priorität betreffe, aber er habe die Gesamtheit seiner Dispositionen, namentlich aber seinen Widerstand gegen jede Pfändnahme aufrechterhalten.

Die britische Delegation werde übrigens der Konferenz morgen eine eingehende Note als Antwort auf die Kritiken von Poincaré und Theunis überreichen.

### Die Rede Bonar Law's.

London, 4. Januar. (W.F.) „Times“ melden aus Paris, Bonar Law sagte in seiner gestrigen Rede u. a.: Die britische Regierung sei vollkommen bereit, die belgische Priorität aufrechtzuerhalten. Bonar Law sagte ferner: Es habe keinen Zweck, einen unausführbaren Plan aufzustellen; es werde besser sein, einen zeitweiligen Plan anzunehmen. Die öffentliche Meinung in England und anderen Ländern sei der Ansicht, daß die Wiederherstellung des deutschen Kreditrisiko nicht möglich sei ohne die Feststellung eines Maximalbetrages. Der französische Plan wirke nicht in diesem Sinne. Er strebe danach, mit allen möglichen Mitteln eine Summe zu empfangen, aber er vermindere die Ausflüchte, um mehr von Deutschland zu erhalten. Der britische Vorschlag würde die Markt binnen sechs Monaten stabilisieren. Der französische Plan wolle Pfänder nehmen, bis Deutschland die notwendigen Anleihen ausgegeben habe, was aber gerade durch die Ergreifung der Pfänder unmöglich gemacht werden würde. Schließlich sagte Bonar Law bezüglich der Gefahr eines deutschen industriellen Zusammenbruchs, dieser könne nicht von Vorteil sein für die Länder, die eine Entschädigung von Deutschland erwarten.

### Bergmann untätig.

Bis heute mittag ist bei der deutschen Regierung weder eine offizielle Mitteilung darüber eingetroffen, daß Staatssekretär Bergmann in Paris nicht gebürt werden soll, noch daß er die Aufforderung erhalten hat, die Vorschläge der deutschen Regierung der Pariser Konferenz zu unterbreiten.

Dollar 8045.

Zu den dringendsten Forderungen auf arbeitsrechtlichem Gebiet gehört die Schöpfung allgemeiner Arbeitsgerichte. Seit Jahren schon geht der Kampf um ihre Gestaltung; Entwurf folgt auf Entwurf, Arbeitsrechtsausschuss und Reichsarbeitsministerium haben sich auf diesem Gebiete betätigt mit dem Erfolge, daß seit bald einem Jahr überhaupt nichts über das Schicksal dieser Vorlage zu hören ist. Die Leidtragenden sind dabei die Arbeitnehmer.

Ein Teil der Arbeitnehmer, wie die Landarbeiter, die Gemeinde- und Staatsarbeiter, die Anwaltsangestellten, sind in vollem Umfange auf den Rechtsschutz durch die Amtsgerichte und Landgerichte angewiesen, einen Rechtsschutz, der bei der Langsamkeit unseres Prozedurbetriebes in der Zeit der Geldentwertung den Gläubiger besonders hart trifft, und zwar hier einen Gläubiger, für den das Streitobjekt, der Lohn oder das Gehalt, die Grundlage seiner Existenz bildet. Dazu kommt, daß bei den ordentlichen Gerichten jener Ausgleich fehlt, den bei den paritätisch besetzten Gewerbe- und Kaufmannsgerichten die Mitwirkung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bildet, deren Zusammenarbeit mit dem gelehrten Richter diesem, wie es Radbruch unmißbar vor Augen führt und ihn in den möglichen Grenzen vor allzu großer Klassenmäßiger Befangenheit behütet.

Die Gesamtheit der Arbeitnehmer aber, auch diejenigen, denen für ihre Lohnlage und gewisse andere Fälle das Gewerbe- und Kaufmannsgericht zur Verfügung steht, ist für wichtige Ansprüche, die das neue Arbeitsrecht dem einzelnen Arbeitnehmer oder seiner Vertretung, z. B. in Gestalt des Ründigungsrechtes, aus dem Betriebsrätegesetz verliehen hat, auf den Schutz durch die Schlichtungsausschüsse angewiesen, die nach ihrer ganzen Gestaltung und nach der Art ihres Verfahrens für die Entscheidung dieser Rechtsstreitigkeiten in keiner Weise geeignet sind; sie brauchen keinen Vorbehalt zu haben, so daß das Verfahren vor ihnen blind enden kann; sie haben keine Beweismittel, können keine Zeugen und keine Sachverständigen vernehmen und verurteilen, können der Partei keinen Eid abnehmen, keinen Urkundenbeweis erheben, keinen Augenschein einnehmen, kurz alle die Mittel, die das Gericht hat, um die Wahrheit zu erforschen, fehlen hier, und auch ihre übrige Verfassung, ihr lockerer Aufbau, der eben nur auf die Schlichtung von Interessensstreitigkeiten zwischen den Verbänden oder den Betriebsvertretungen und ihren Arbeitgebern, aber nicht auf die Entscheidung von Rechtsfragen zugeschnitten ist, paßt in keiner Weise für eine richterliche Tätigkeit.

Wohin die Zuweisung der Ründigungsstreitigkeiten aus dem Betriebsrätegesetz vor die Schlichtungsausschüsse gegenwärtig führt, kann nur derjenige beurteilen, der einmal am eigenen Leibe solch Verfahren gegenüber einem rechtlich gewandten Arbeitgeber durchgesehen hat. Der Spruch des Schlichtungsausschusses, der den ohnehin höchst unvollkommenen Schutz des Betriebsrätegesetzes dem Entlassenen gewährt, ist ja nicht vollstreckbar, sondern, um mit ihm etwas anzufangen, bedarf es einer gerichtlichen Klage vor demjenigen Gericht, das für die Lohnlage des betreffenden Arbeitnehmers ohnehin zuständig ist, also (siehe oben) vor dem Amtsgericht oder Landgericht oder Gewerbegericht oder Kaufmannsgericht. Hat also der Entlassene die Entschädigung aus § 87 ArbZ., deren Höhe sich im übrigen noch dem letzten Jahresarbeitsverdienst bemisst (welche Folgen diese Berechnungsmethode in heutiger Zeit für den Arbeitnehmer hat, liegt auf der Hand) wegen Verweigerung der Wiedereinstellung durch den Arbeitgeber zu beanspruchen, so beginnt nun der Kampf vor Gericht; die Rechtsprechung prüft sein scheinlich, ob etwa dem Vorverfahren vor dem Schlichtungsausschuss irgendwelche Mängel anhaften, z. B. ob (wie es für das Schlichtungsverfahren vom 23. Dezember 1918 vorgeschrieben ist, aber für die den Schlichtungsausschüssen nur aufgeschriebene richterliche Tätigkeit nach dem Betriebsrätegesetz gar nicht பொ) die unjüngliche Beifügung auch aus dem Berufskreis entnommen waren; ist dies nicht der Fall, so wird der Kläger unweigerlich abgewiesen; liegt er aber, vielleicht erst in zweiter Instanz vor dem Landgericht, so ist auch dann inzwischen die Kaufkraft der Entschädigung so gesunken, daß der Arbeitgeber tatsächlich nichts verliert, wenn er es auf den Prozeß entkommen läßt, weil er selbst im ungünstigsten Falle durch die Verzögerung nur gewinnt.

Diese Beispiele lassen sich für andere außerhalb der eigentlichen Schlichtung liegende Funktionen der Schlichtungsausschüsse vermehren, und es wäre eine falsche Scheu, etwa mit Rücksicht auf die derzeitige soziale Notwendigkeit der Schlichtungsausschüsse, als Schlichtungsausschüsse sie auch auf den Gebieten konföderieren zu wollen, auf denen sie nicht brauchbar sind, wenn man sie nicht ganz und gar unmodern, d. h. eben zu Arbeitsgerichten macht.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat bekanntlich gelegentlich der Beratungen des Entwurfs der Schlichtungsordnung gefordert, daß diese nur gleichzeitig mit dem künftigen Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft treten solle. Diese Forderung muß immer wieder und wieder gegenüber der Regierung erhoben werden, wenn nicht die gegenwärtige Rechtsunsicherheit auf arbeitsrechtlichem Gebiete auf unabsehbare Zeit fort dauern soll. Die Schaffung der Arbeitsgerichte ist nicht etwa eben so notwendig, wie die Neuordnung des Schlichtungswesens, nein, sie ist viel, viel notwendiger. Mit der für das Schlichtungswesen geltenden Verordnung vom 23. Dezember 1918 kann die Arbeitsverwaltung sich ebenfögt

weiterbeheßen, wie sie bisher schon damit ausgekommen ist. Aber die Arbeitsgerichte sind ein gebieterisches Bedürfnis, das täglich in vielen Fällen von den betroffenen Arbeitnehmern bitter empfunden wird, wenn es sich auch bisweilen hinter der Tatsache des Bestehens der Schlichtungsausschüsse verbirgt, deren Mängel für die geschlichtete Art von Streitigkeiten stets dann zutage treten, wenn es reichlich hart auf hart geht.

Das Korrespondenzblatt des ADGB hat in einem beachtlichen Aufsatz „Um die Einheit des Arbeitsrechts“ (Nr. 46 vom 25. November 1922), von ähnlichen Gedankengängen ausgehend, die einheitliche Verabschiedung des Arbeitsgerichtsgesetzes, des Tarifgesetzes und der Schlichtungsordnung gefordert. Dieser Forderung, die jüngst auch die Gewerkschaften gegenüber dem Reichsarbeitsminister gelegentlich einer Besprechung über das Arbeitszeitgesetz erhoben haben, können wir nur voll zustimmen, weil nur sie die Verwirklichung dessen verbürgt, was wir heute auf arbeitsrechtlichem Gebiete dringend brauchen: ein auf einheitlichen Grundgedanken aufgebautes Arbeitsrecht, das nicht nur auf dem Papier steht, sondern jedem Arbeitnehmer das Höchstmäß von Vollzugs-möglichkeit der ihm aus den Kollektivvereinbarungen gebührenden Ansprüche gibt. Sache unserer Reichstagsfraktion wird es sein, bei den bevorstehenden Beratungen der Schlichtungsordnung diese Forderungen mit größtem Nachdruck zu vertreten und jedes Abhandeln von diesen Prinzipien von vornherein abzulehnen.

## Das „verdrehte“ Deutschland.

Seit einiger Zeit vergnügt sich ein Teil der reaktionären Presse damit, Auszüge aus einem Buche irgendeines Amerikaners namens Biered zu veröffentlichen, der u. a. bei Wilhelm in Doorn war und nun die Amerikaner mit Schilderungen von den großen Vorzügen Wilhelms überfällt. Es gab einmal in Deutschland einen Biered, der ein Hohenzollernstämmeling war, insofern als der alte Wilhelm an der Existenz des Mannes nicht ganz unschuldig war. Ob der George Silvester Biered, der jetzt den Wilhelm von Doorn in seinen Büchern besingt, mit jenem älteren verwandt ist, vermögen wir nicht zu sagen, wiewohl eine starke Vermutung dafür spricht. Denn jener ältere war nach Amerika ausgewandert.

Doch die Familiengeschichten Biereds und Wilhelms spielen hier keine Rolle. Wichtig erscheint uns, was der Mann den Amerikaner zu erzählen für gut findet und was deutsche Blätter sich nicht genieren, auch deutschen Lesern vorzulesen. Biered behauptet, eine Reise durch das „verdrehte“ Deutschland gemacht zu haben und erzählt — wir zitieren nach der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ — folgende Schauergeschichten:

Ich bin verschiedenen Mitgliedern des kaiserlichen Hauses in Deutschland begegnet, Fürsten und Grafen bin ich beglückt, Trägern historischer Namen, weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt. Sie alle reisten dritter Klasse, wenn sie überhaupt reisten. Ich weiß von einem Admiral, der vierter Klasse fährt. Die Bogen vierter Klasse sind gewöhnlich für Bauern mit ihren ländlichen Erzeugnissen bestimmt oder für Personen, die Haustiere zum Markt bringen. Ebenso bin ich Arbeitern begegnet, die erster Klasse mit ihrer Braut reisten.

Die ehemalige Königin von Württemberg sah man ihr Gepäck in ein Abteil dritter Klasse schaffen. Die Kinder des Kronprinzen kamen kürzlich mit ihrem Lehrer in Berlin an. Mit verschiedenen Koffern beladen, sahen sie sich nach einer Droßke um. Eine Droßke, muß erwähnt werden, ist bedeutend billiger als ein Auto. Aber sogar die paar Cents, die der Kutscher forderte, waren zuviel für das kaiserliche und königliche Portemonnaie. So stiegen sie denn in die Straßenbahn, und als sie wieder ausgestiegen waren, schlepten sie sich mit ihrem schweren Gepäck 20 Minuten lang ab, bevor sie ihr Ziel erreichten.

Ob dieser sentimentale Brei in dem demokratischen Amerika irgendeine Träne des Mitleids für die armen Hohenzollernkinder fließen lassen wird, wagen wir zu bezweifeln. In Deutschland aber, für dessen monarchistische

Kreise Herr Biered augenscheinlich besonders geschrieben hat, werden sich wahrscheinlich immer noch genug Dumme aus dem Leserkreis der „Deutschen Tageszeitung“ oder des „Lokal-Anzeigers“ finden, die an den Schmus von der koffer-schleppenden Königin und von den erster Klasse fahrenden Arbeitern glauben. Ihnen ist nicht zu helfen. Sie werden aber dem braven Biered sicher auch glauben, wenn er zufällig das Gegenteil von seinen bisherigen Schilderungen erzählt. Deshalb sei ein weiterer Satz aus seiner Reisebeschreibung hier angefügt:

Die Bezahlung der Dienstboten ist lächerlich unzureichend. Der Monatslohn eines Dienstmädchens reicht kaum aus, um ein Pfund Butter zu bezahlen. Eine gelehrte Kinderfrau, die wir für unsere Kinder annahmen, dachte uns entschieden zu überpartellen, als sie einen Monatslohn von zwei Dollar forderte.

Werden da die Gutsbesitzerfrauen, die das in ihrer „Deutschen Tageszeitung“ lesen müssen, erst aunte Augen machen. Die Bezahlung ihrer Hausangestellten ist herzlich unzureichend! Der Monatslohn reicht nicht einmal für ein Pfund Butter! Sie werden vermutlich der Ueberzeugung sein, der Biered sei ein verkappter Sozialdemokrat und schreibe seine Hohenzollernschwärmerie nur, um den armen Agrariern beim Morgenkaffee eins auszuwischen. Aber in dem Falle hat er ausnahmsweise recht.

## Völkischer Unsinn.

Soeben flattert ein Flugblatt auf unserm Redaktionsisch, das unterzeichnet ist von der „Führerschaft der Deutschvölkischen Freiheitspartei“ — Gräse-Goldebe, Wulle, Henning, Graf Reventlow und einem „Arbeitersekretär“ Höpfer — und das die Anmerkung der „Presseabteilung“ enthält: „Der Schriftleitung überreicht mit der sehr ergebenden Bitte um Abdruck im redaktionellen Teil.“ Das Flugblatt können wir natürlich, so großes Vergnügen es uns bereitet, doch nicht ganz zum Abdruck bringen. Aber einige Perlen aus diesem Sammelurium von Unsinn und Unmahnung wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Da heißt es u. a.:

„Während deutsche Frauen freiwillig für schwarze Franzosen, zerfleischen sich alle politischen Parteien in kleinlichem ekelregendem Kampf und haben um Tagesfragen und im Streit um Ministerposten!“

Bald darauf aber wird versichert: „Bei aller Entschiedenheit unserer grundsätzlichen Ablehnung des Parteiwesens können wir aber unter der heutigen parlamentarischen Verfassung nur kämpfen und siegen, wenn wir uns parteimäßig organisieren. Wir dürfen nach Lage der Dinge auf diese Waffe nicht verzichten.“

Die völkische Bewegung, so heißt es weiter, kenne keine Parteischanzen, sie wolle „alle sammeln, die willens sind, endlich aufzuräumen mit dieser verrotteten Parteiwirtschaft“. Und um ein Beispiel zu geben, wie dieses „Ausräumen“ vor sich geht, versichert die Flugchrift:

„Dazu müssen und werden wir aber die herrschaft des internationalen Judentums ebenso brechen, wie den Widerstand aller innerlich verhassten Kreise und nicht zuletzt derjenigen, die das Volk irreführen, indem sie sich als völkisch ausgeben, es in Wahrheit aber nicht sind!“

Der „kleinliche und ekelregende Kampf und Hader um Tagesfragen“ wird also in der deutschvölkischen Freiheitspartei damit bekämpft, daß sie ihn selber gegen ihre eigene Mutter, die Deutschnationale Partei, richtet! Die Hergt und Genossen können sich demnach auf recht unterhaltliche Stunden gefast machen.

Aus dem „Programm“, das dem Flugblatt angeheftet ist, interessieren zwei Punkte: Einmal wird die „Anerkennung der völligen Gleichberechtigung aller schaffenden Hand- und Kopfarbeiter unter schärfster Bekämpfung des Standesdenks“ gleichzeitig mit dem „Schutz des Arbeiters... gegen die Lohnverflachung“ gefordert. Wie man den Kampf gegen die Lohnverflachung durchführen will, ohne das ganze Lohnsystem zu beseitigen, oder doch ohne den Arbeitern ein sehr erhebliches gewerkschaftliches Mitbestimmungsrecht zu geben, verrät das Flugblatt nicht.

Dafür aber will es die „Ausweisung aller seit dem 1. August 1914 eingebürgerten Fremdstämmigen“ und die „Stellung

der Juden unter besonderes Fremdenrecht“. Deutscher Grund und Boden soll von Juden nicht erworben und landwirtschaftlicher Grundbesitz von ihnen nicht gepachtet werden dürfen. Das ist der Weisheit letzter Schluß! Und wenn man hinzusetzt, daß das Programm noch Stärkung des „heidnischen Geistes“ verlangt, so weiß man zur Genüge, wieviel Intelligenz sich zusammengetan hat, um ein solches Programm in die Welt zu setzen!

## Späte Abschüttelung.

### Die Volkspartei gegen ostpreussische Autonomie.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, der offizielle Pressedienst der Deutschen Volkspartei, wendet sich in einer längeren Polemik gegen den demokratischen Zeitungsdiens, der auf die Unterstützung der ostpreussischen Autonomiebestrebungen durch die volksparteiliche „Königsberger Allgemeine Zeitung“ hingewiesen hatte. Die Korrespondenz schreibt:

„Dass man gar keine Rede sein. Weder die Deutsche Volkspartei Ostpreußens, noch die Königsberger Allgemeine denken irgendwie daran, ostpreussische Autonomiebestrebungen zu fördern, ganz gleichgültig von wem sie ausgehen. Siehen, wie der demokratische Zeitungsdiens behauptet, einzelne deutschnationale Kreise hinter den ostpreussischen Autonomiebestrebungen, so ist dies doppelt bedauerlich und für die Deutsche Volkspartei erst recht kein Anlaß, solche Bestrebungen zu fördern.“

Diese Abschüttelung der Autonomisten ist zwar eindeutig, kommt aber doch etwas reichlich post festum. Sie ist wohl nur dadurch zu erklären, daß der ganze Autonomierummel auf den kräftigsten Widerstand der Bevölkerung stieß. Zudem sind ostpreussische Volksparteiler auch sonst von den dortigen Deutschnationalen selbst mit der Lupe nicht zu unterscheiden und bilden mit ihnen zusammen bei jeder Wahl einen abfälligen eindeutigen reaktionär-monarchistischen Block. Wenn die Volkspartei also sich gegen solche Identifizierung mit der junkerlichen Clique wehrt, kann man wohl zunächst einmal dafür sorgen, daß eine einwandfreie republikanische Haltung ihrer Provinzorganisationen nicht zu solchen Verwechslungen geradezu herausfordert.

## Der Zerfall der KP. Frankreichs.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen des 4. Kongresses der KP. haben die kommunistischen Zeitungen nur sehr dürftig berichtet. In Norwegen war die Antwort ein Mehrheitsbeschluss der norwegischen Parteileitung, aus der KP. auszutreten. In Frankreich, wo die kommunistische Partei schon vor dem letzten Kongress immer stärker an Mitgliederzahl und Einfluss gewachsen ist, folgt jetzt die stärkste Erschütterung. Massenweise Ausstufungen und Austritte zerstören dort den Rest der Organisation. Jetzt wird aus Paris gemeldet:

Paris, 4. Januar. (CP.) Generalsekretär Frossard ist zurückgetreten. Meric, Redakteur der „Humanité“, der aufgefordert worden war, seine Mitarbeit an den bürgerlichen Blättern einzustellen, ist ebenfalls aus der Partei ausgeschieden, ebenso der Abgeordnete des Loire-Departements, Laporte, und der frühere Sekretär des utorischen Gewerkschaftsbundes, Dotti. Die aus der Partei ausgeschiedenen Kommunisten haben eine Erklärung veröffentlicht, in der sie gegen die Beschlüsse der 4. Weltkonferenz der 3. Internationale bezüglich der Frossarderei und der Liga für Menschenrechte protestieren.

Mit dem Rücktritt Frossards, der anscheinend als demonstrative Vorbereitung des demnächst stattfindenden französischen Parteitag gedacht ist, wird der KP. Frankreichs der stärkste Stoß veretzt. Frossard hat als organisatorischer Leiter und Generalsekretär der Partei den größten Einfluss. Mit seinem Rücktritt wird der Zerfall auch der letzten Organisationen zweifellos rapide einsehen, da unter den übrigbleibenden „Zuverlässigen“ niemand verbleibt, der die Partei zusammenhalten könnte.

### Auch in Italien . . .

Rom, 4. Januar. (M.B.) Die Verschmelzung der italienischen Kommunisten mit den Maximisten hat in der Redaktion des „Avanti“ zu einer Spaltung geführt. Diejenigen Redakteure, die die Autorität Moskous abschütteln möchten, haben Besitz von dem Gebäude ergriffen und den Rücktritt des Chefredakteurs Serrati erzwungen, der bisher die Hauptstütze Moskous in der italienischen Partei war.

## Arbeitslohn und Arbeitszeit vor 500 Jahren.

Die zahlenmäßig riesigen Summen, die heute die meisten Arbeiter als Arbeitsentlohnung erhalten, stehen bekanntlich in gar keinem Einklang zu den Preisen, die die Lebensmittel usw. kosten. Früher war der Ausgleich zwischen Lohn und Preisbildung entschieden ein gerechterer und günstigerer; auch um die Dauer der Arbeitszeit brauchte nicht groß gekämpft zu werden. Zahlreiche, historisch einwandfreie Belege hierfür — sie finden sich u. a. gesammelt in H. Damaschkes „Geschichte der Nationalökonomie“ (Vena, Gustav Fischer) — sind vorhanden.

Hier einige Proben: So erklärte der Bischof Antonius von Florenz in seiner Summa theologica (1450), daß „für die Gewinnung des Lebensunterhaltes eine kurze Arbeitszeit genügt“. So galt als charakteristisch für besonders häßliche Leute, wenn sie mehr arbeiteten, als sie für sich und das Wohlbestehen ihrer Familie gebrauchten. Die Entlohnung war im allgemeinen eine recht beträchtliche. In Sachsen konnte um diese Zeit ein Bauhandwerker für seinen Wochenlohn drei Schafe und ein Paar Schuhe erstehen. Im 1500 konnte jeder Bauhandwerker in Niederösterreich für einen Tagelohn 8 bis 10 Pfund Ochsenfleisch kaufen. Hunder Jahre früher wurde der Maurergeselle in Bremen so bezahlt, daß er für die Entlohnung einer achtstägigen Arbeit ein fettes Schwein erstehen konnte. Vießsag waren die Kleinbetriebe jener Zeit sogar schon „sozialisiert“. So erhielten die Strohbauer Webergesellen und die Ulmer Goldschmiedegesellen (nach einer Handwerksordnung von 1364) ein Drittel bis die Hälfte des Meistererlöses von der gemeinsam geleisteten Arbeit.

Der handwerksgeselle stand bekanntlich im ganzen Mittelalter bei seinem Meister nicht nur in Lohn, sondern auch in Logis und Bekleidung. Diese war gleichfalls genau — und auskömmlich — geregelt. So berichtet Wubach in seinem „Wanderbüchlein“: „Das gewöhnliche Volk hat selten bei der Mittags- oder Abendmahlzeit weniger als vier Gerichte. Zur Sommerzeit überdies noch morgens als Frühstück Röhre mit in Butter gedackenen Eiern und Käse; obendrein nehmen sie außer dem Mittagmahl noch des Nachmittags als Vesperbrot, sowie zum Nachtessen Käse mit Brot und Milch.“ Und die Gesellen sahen peinlich darauf, daß sie in nichts zu kurz kämen; das Zusammengehörigkeitsgefühl hatte unter ihnen eine starke Solidarität erzeugt. Eine sächsische Landesordnung jener Tage spezifiziert denn auch das Essen, das der Handwerksgehilfe zu verlangen habe, folgendermaßen: „Den Werkleuten sollten zu ihrem Mittag- und Abendmahl nur vier Essen (Gänge), an einem Fleischtage eine Suppe, zwei Fleisch und ein Gemüse, auf einen Freitag und einen anderen Tag, da man nicht Fleisch isst, eine Suppe, ein Essen grüne und dünne Fische, zwei Zugemüse“ gegeben werden. Auch die Arbeitszeit war geregelt; sie war niemals über-

mäßig ausgedehnt und richtete sich meist nach der Sichtdauer. Eine Bergwerksordnung um 1500 setzte sogar die Arbeitszeit für die Bergknappen auf sieben Stunden fest. Die Arbeiter des „finsternen“ Mittelalters lebten also in vieler Beziehung besser, auskömmlicher und weit weniger ausgebeutet als ihre Nachfahren in unseren Tagen, die Fett und Fleisch nur noch aus den Schälentern kenne.

... und seine Vasallen! Siegfried Ohs, der 38 Jahre lang den Pöhlharmonischen Chor in Berlin leitete und u. a. auch als geschickter Bearbeiter von Volksliedern bekannt ist, hat kürzlich unter dem Titel „Geschichte und Geschehen im Berlag von Greiflein u. Komp., Leipzig und Jülich, seine recht lehrreichen Lebenserinnerungen erscheinen lassen. Im 7. Kapitel beschreibt er, wie er 1896 mit einer großen Anzahl bedeutender deutscher Tonkünstler in Moskau der Krönung des Zaren beiwohnte. Von ganz besonderem Interesse ist folgende Episode:

Treffpunkt der Deutschen in Moskau war das Bierlokal von Willo. Dort veranstaltete der Deutsche Klub zu Ehren des Bringen Heinrich und anderer Vertreter Deutschlands ein Festessen. Der stellvertretende Vorsitzende Camerassa brachte einen Trinkspruch auf den deutschen Kaiser aus. Dabei ließ ihm ein kleines Verschen unter. Er sprach vom Bruder des Kaisers und seinen Vasallen. Kommt war ihm das Wort „Vasallen“ entfallen, so bemerkte er, daß er sich im Ausdruck vergriffen hatte, und wollte den Versum wieder ausgleichen. Er kam aber nicht dazu; denn sofort sprang Prinz Ludwig von Bayern, der spätere König, von seinem Stuhl in die Höhe, schlug mit der Faust auf den Tisch und brüllte wie ein Befehlener den armen Festredner an. Nur mit vieler Mühe konnte man den Prinzen, der kein Wesall war, wieder beruhigen.

Die ganze Stimmung war vernichtet. Das Programm wurde notdürftig erledigt; und die Gesellschaft ging beiseiten nach Hause. Der Vorfall hatte selbstverständlich seine Weiterungen.

Ein wenig wurde die Mißstimmung durch einen Witz behoben, den sich der lustige Cellospielder Heinrich Grünfeld leistete. Er fragte, wer den längsten Arm habe. Die Antwort lautete: Camerassa; denn wenn er in Moskau das Glas erhebt, so sieht er damit in Berlin an!

Der Anteil der Frauen an der Männerarbeit. Das neue amerikanische Frauenjahrbuch für 1923, das soeben erschienen ist, bietet einen sehr lehrreichen Ueberblick über die immer stärkere Beteiligung der Frau an den früher Männer vorbehaltenen Berufen. Das Führen von Kraftwagen, das Reinigen der Straßen, das Arbeiten in Bergwerken — all dies ist seit dem Kriege auch Frauenarbeit geworden. In einer Uebersicht über die Tätigkeit der Frauen in der ganzen Welt hebt das Jahrbuch hervor, daß schwere Handarbeit für die Frauen keine Schrecken mehr besitzt, sondern daß sie sich in allen Zweigen menschlicher Tätigkeit mit Erfolg versucht haben, auch als Güterpächter, Werftarbeiter, Seelenführer usw. Frauen, heißt es weiter, arbeiten jetzt ebenso tüchtig wie die Männer als Schmeide, Maschinisten, Zimmerleute, Holzfüßer, in Ziegeleien, auf der Eisenbahn und anderen Betrieben. Hand in Hand mit dieser Entwicklung der

körperlichen Arbeit der Frau geht das Eindringen des weiblichen Elements in die höheren Berufe. Es gibt jetzt 1733 weibliche Richter, Rechtsanwältinnen und Magistratsbeamte, 1787 weibliche Geistliche, 14 617 weibliche Künstler, 7219 weibliche Ärzte, 1829 Frauen als Zahnärzte, 1117 weibliche Architekten und 41 weibliche Ingenieure. Nicht weniger als 8 549 511 Frauen sind in den Vereinigten Staaten angestellt, und von den 678 verschiedenen Berufen, die ausgeführt werden, sind die Frauen nur in 33 noch nicht beschäftigt.

Sowjet-Weihnachten. Die Regierenden in Rußland haben beschlossen, das alte liebe Weihnachtsfest, das in Rußland ja 13 Tage später als bei uns fällt, abzuschaffen oder jedenfalls völlig seines christlichen Charakters zu entkleiden. Diese Aufgabe wird von den bolschewistischen Gelehrten mit großem Eifer unternommen, und es erscheinen in der Sowjetpresse umfangreiche Aufsätze, die nachweisen wollen, daß Weihnachten mit dem Christentum eigentlich nichts zu tun haben, daß die Feste, die in dieser Jahreszeit gefeiert wurden, schon Jahraufende vor der Geburt Christi bestanden und daß man ganz gut Weihnachten begehen kann, ohne sich im geringsten um den christlichen Glauben zu kümmern. Die Regierungskomitee, die für die öffentlichen Veranstaltungen zu sorgen haben und die alles daran setzen, um das Volk bei guter Laune zu erhalten, verabschiedeten Straßenumzüge, in denen Oßris und Buddha sowie andere fremde Gottheiten als die wahren Träger der Weihnachtsfeste erscheinen. In der „Dowestija“ erklärt N. Kamin: „Es ist von dem Zentralkomitee der Jugendbünde beschlossen worden, alle christlichen Feiertage zu „entchristianisieren“ und sie daher in heidnische Festlichkeiten umzuformen, bei denen sich zugleich Gelegenheit bietet, eine wirksame antireligiöse Propaganda zu betreiben.“

Die größte Bibliothek der Welt. Die Bibliothek des Vatikans ist jetzt die größte der Welt geworden, da durch einen Beschluß des italienischen Kabinetts die berühmte Chigi-Bibliothek mit ihr vereinigt wird. Diese Bücheransammlung befindet sich in dem von Papst Alexander VII. erbauten Palazzo Chigi und wurde von dieser bekannten Patrizierfamilie gesammelt. Diese Schenkung wird dadurch noch bedeutsamer, daß sie die erste Schenkung des italienischen Staates an den Vatikan ist. Es sollen auch bei der vatikanischen Bibliothek jetzt verschiedene Abteilungen für fremde Literaturen eingerichtet werden. Die erste neubearbeitete Abteilung ist eine irische. Auch die Regierungen von Brasilien und Chile wollen eigene Abteilungen einrichten.

Kunstchronik. In der Galerie Ferdinand Müller, Volksbemerer Str. 134 a, ist eine Ausstellung vonquarellen, Pastellen, Zeichnungen und Lithographien von Otto Müller eröffnet worden.

Die Euphorion-Ausstellung. Salomonstr. 85, eröffnet am 6. eine Karl-Ribrecht-Ausstellung (Gemälde und Handzeichnungen).

Der unästhetische Roman. Der Untersuchungsaußschuß der französischen Orientation hat die Streichung von Victor Marguerite wegen seines „pornographischen“ Romans „La Baronne“ beschlossen. Der Rat des Ordens hat sich dieser Entscheidung angeschlossen. Marguerite erklärte, dem Auftrag Folge geben zu müssen, da der Rat der Orientation laudieren sei. Marguerite will auf gerichtlichem Wege gegen seinen Ausschluß vorgehen.

# Englands Ueberwachungsplan.

Paris, 3. Januar. (W.Z.) Die im englischen Reparationsplan an der Stelle, wo von der Verpflichtung Deutschlands zur Annahme der finanziellen Ueberwachung die Rede ist, als „Liste B“ bezeichnete Anmerkung hat folgenden Wortlaut:

## Anmerkung b: Ueberwachung der deutschen Finanzen.

Es wird nötig sein, ein Organ für die wirksame Ueberwachung der deutschen Finanzgesetzgebung und -verwaltung im Namen der Alliierten einzurichten, auf jeden Fall bis zu der Zeit, wo die neuen Verhandlungen in volle Ausführungen kommen und Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen regelmäßig nachkommt.

Es wird vorgeschlagen, einen fremden Finanzausschuß mit dem Sitz in Berlin einzurichten.

Dieser Ausschuß soll bestehen aus Personen, die von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien berufen werden, zusammen mit zwei anderen Mitgliedern von amerikanischer bzw. neutral-europäischer Nationalität. Der deutsche Finanzminister soll ex officio Vorsitzender sein (ohne Stimme, mit Ausnahme des Falles von Stimmengleichheit) und soll auf des Finanzausschusses Anweisung ersucht werden, zu antworten in allen Angelegenheiten, welche sich beziehen auf: 1. Den Geldumlauf, 2. das Budget, die Fiskalgesetzgebung und die öffentlichen Ausgaben, 3. die allgemeine Schatzverwaltung, 4. die finanziellen Verbote und die Kontrolle der fremden Remissen.

## Das bedeutet natürlich ein erhebliches Maß von

## Eingmischung in die deutsche demokratische Unabhängigkeit

in Finanzsachen, aber diese Eingmischung ist der unvermeidliche Begleitumstand jeder wirksamen Ueberwachung oder Kontrolle.

Die Verbindung des Finanzministers mit dem Ausschuß scheint die einzige Methode zu sein, durch die eine fremde Eingmischung dem demokratischen Mechanismus angepaßt werden kann.

Was die Befugnisse des Ausschusses betrifft, so ist das Hauptziel, dem zugestimmt werden muß, die deutsche Verwaltung soweit wie möglich in deutschen Händen zu lassen und direkte Verantwortung für Initiative in bezug auf Einzelheiten in der Gesetzgebung zu vermeiden. Es ist wünschenswert, dem Ausschuß weitgehende Befugnisse zu geben, aber ebenso großen Takt sowohl in bezug auf die Art der Benutzung der Vollmacht, wie in bezug auf die Ausdehnung bis zu der sie gebraucht werden soll, anzuempfehlen.

Es ist nicht tunlich, von vornherein zu starre Regeln niederzulegen in bezug auf solche Fragen, wie die weitere Ausdehnung der Rotenausgabe, die zugestanden werden könnte, oder weitere Erhöhung der schwebenden Schuld, die zu erlauben sei, noch weniger tunlich ist es, auf der Aufnahme von Anleihen zu bestehen, deren Möglichkeit ja darauf ruht, daß man Geldgeber findet.

Welche Form von lokaler Kontrolle auch schließlich angenommen werden mag, sie sollte

## selbstverantwortlich und unabhängig

sein, d. h. keiner in Paris sitzenden Reparationskommission unterworfen sein. Es wird notwendig sein, dafür zu sorgen, daß der Finanzausschuß ohne den deutschen Finanzminister Beratungen abhält bei jeder Gelegenheit, welche die Ausübung der Exekutivgewalt verlangt, die gegenwärtig in den Händen der Reparationskommission und des Garantiaussschusses liegt.

Wenn die Reparationskommission überhaupt noch beibehalten werden soll, so sollte sie nur als rein richterliche Instanz mit den dafür wünschenswerten Statutenänderungen weiterbestehen.

Die besonderen Befugnisse des fremden Finanzausschusses sollten am 31. Dezember 1928 aufhören, aber die alliierten Regierungen sollten die Macht haben, durch einen einstimmig gefaßten Beschluß diese Befugnisse für eine oder mehrere Perioden zu erneuern, wenn sie diese Erneuerung für notwendig halten.

Nach dem Gefallen der besonderen Befugnisse hört der Ausschuß auf, unter dem Vorbehalt des deutschen Finanzministers zu beraten, wird aber die Befugnisse weiter ausüben, die ihm von dem Reparationsausschuß und dem Garantiaussschuß übertragen wurden.

# Eine Kundgebung der belgischen Sozialisten

Genosse Tom Shaw, Sekretär der Zweiten Internationale, sendet uns mit der Bitte um Veröffentlichung den Wortlaut eines Telegramms, das die belgische sozialistische Partei an die russische Sowjetregierung gerichtet hat:

„Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die zum Tode verurteilten und von Ihrer Regierung als Geiseln festgehaltenen Sozialrevolutionäre einem Regime unterworfen sind, das in physischer und moralischer Hinsicht eine Bedrohung ihrer Gesundheit und ihres Lebens bedeutet. Die belgische Arbeiterpartei brandmarkt vor der internationalen sozialistischen Öffentlichkeit diese unmenschliche Handlungsweise und fordert erneut die Freilassung der Verurteilten.“

**Ver Verschlimmerung des Befindens von Lenin.** Professor Klemperer, der schon früher Lenin behandelt hat, ist, wie „Kupress“ meldet, dringend nach Rostow gerufen worden. Der Zustand Lenins hat sich in den letzten Tagen bedeutend verschlimmert. Er konnte nicht einmal am Kältebegriff teilnehmen.

**Zum Wojwoden von Schlesien wurde der bisherige Wojwode von Posen, Dr. Jozymunt Cielichowski, ernannt.**

**Der Rückgang des Postverkehrs ist infolge des steigenden Tarifs enorm.** Bei den Briefen ist der Verkehr seit Mai 1920 im Ortserverkehr um 47,8 Proz. und im Fernverkehr um 45,7 Proz. zurückgegangen. Bei den Postkarten beträgt der Rückgang in der gleichen Zeit im Ortserverkehr 47 Proz. und im Fernverkehr 38,2 Proz. Der Rückgang bei den Paketen beträgt in dem angegebenen Zeitraum in der Nahzone 43,4 Proz., dagegen in der Fernzone 19,5 Proz. Bei den Geschäftsbriefen beträgt der Rückgang 42,1 Proz. und bei den Warenproben 43,6 Proz. Auch bei den Postanweisungen hat sich ein Verkehrsrückgang von rund 38 Proz. ergeben.

## Devisenkurse.

|  | 4. Januar          |                       | 3. Januar          |                       |
|--|--------------------|-----------------------|--------------------|-----------------------|
|  | Käufer (Weiß) Kurs | Verkäufer (Weiß) Kurs | Käufer (Weiß) Kurs | Verkäufer (Weiß) Kurs |
| 1 holländischer Gulden . . . . .       | 3187.—             | 3208.—                | 2992.50            | 3002.50               |
| 1 argentinische Papier-Peso . . . . .  | 3032.40            | 3042.60               | 2843.57            | 2857.13               |
| 1 belgischer Franc . . . . .           | 531.16             | 533.84                | 503.78             | 506.27                |
| 1 norwegische Krone . . . . .          | 1538.10            | 1543.85               | 1408.47            | 1413.53               |
| 1 dänische Krone . . . . .             | 1045.87            | 1054.13               | 1581.14            | 1588.84               |
| 1 schwedische Krone . . . . .          | 2169.50            | 2180.44               | 2014.95            | 2026.15               |
| 1 finnische Mark . . . . .             | —                  | —                     | 186.53             | 187.47                |
| 1 japanischer Yen . . . . .            | —                  | —                     | 3591.—             | 3609.—                |
| 1 italienische Lire . . . . .          | 418.76             | 416.24                | 384.03             | 385.97                |
| 1 Pfund Sterling . . . . .             | 3730.60            | 3749.50               | 3468.12            | 3483.88               |
| 1 Dollar . . . . .                     | 8004.93            | 8045.07               | 7506.18            | 7543.82               |
| 1 französischer Franc . . . . .        | 578.56             | 578.44                | 551.11             | 553.59                |
| 1 brasilianischer Milreis . . . . .    | —                  | —                     | 862.83             | 867.17                |
| 1 Schweizer Franc . . . . .            | 1518.03            | 1526.37               | —                  | —                     |
| 1 japanische Yenseta . . . . .         | —                  | —                     | 1187.02            | 1192.98               |
| 100 österr. Kronen (abgest.) . . . . . | —                  | —                     | 10.82              | 10.68                 |
| 1 tschechische Krone . . . . .         | —                  | —                     | 228.93             | 228.07                |
| 1 ungarische Krone . . . . .           | —                  | —                     | 8.02               | 8.04                  |
| 1 bulgarische Lewa . . . . .           | —                  | —                     | 49.87              | 50.13                 |
| 1 jugoslawischer Dinar . . . . .       | —                  | —                     | 78.80              | 79.30                 |

# Was übrig geblieben ist . . .

Es gibt ein altes, deutsches Sprichwort, das lautet: Wenn die Könige bauen, haben die Kärner zu tun! Mit diesem Sprichwort hat es zwar so seine eigene Bewandnis, denn häufig genug haben sich für die bauenden Könige die Kärner zu Tode geschüttelt, aber man mußte doch in diesen ersten Tagen des Jahres an das Sprichwort denken, wenn man in den Straßen des „feinen“ Westens, wo die vornehmen und reichen Leute wohnen, die Händler sah mit den vollgefüllten Karren, auf denen sie Wappstein, leere Flaschen und sonstige Dinge abholten, die heute kostbarkeiten sind. Zwar handelt es sich hier nicht um Könige, die gebaut, sondern um reiche Schieber, die geschlemmt haben. Auf den Karren aber, die vor den Häusern im Westen halten und deren Besitzer aus den Wohnungen herausgehen, was von der Silvesterorgie übrig geblieben ist, kann man erkennen, was diese Herrschaften sich „geleistet“ haben. Auf den Handkarren stehen ganze, große Batterien leerer Flaschen. Rot- und Weißweinflaschen feinsten und teuersten Marken, und Sektflaschen, viel Sektflaschen erster und „renommiertester“ Firmen. Daneben fehlt es nicht an Schnapsflaschen, Kognak-, Rum- und Arrakflaschen. Vor allem aber steht man auf all diesen Karren sehr viele leere Flaschen von Aquavit. Das scheint jetzt der Likör der feinen Welt zu sein. Die führende Marke nennt man das ja wohl! Und auf den Brechern und Stangen der Handwagen hängen viele Hasenfelle. Die letzten Ueberreste eines einst fürstlich gewesenen Silvesterfesslers. So kann auch der, der diese Karren eingehend betrachtet, einen Blick tun in Küche und Keller der reichen Leute, und wenn er auch mit hungerndem Magen stierend auf der Straße steht, hat er doch wenigstens etwas von diesem Anblick, und er kann sich leicht ausrechnen, daß er sich ein paar Wochen lang sattessen könnte, wenn er nur das Geld hätte für die Flaschen, die die feinen Leute in der Silvesternacht ausgetrunken haben! Er kann, wenn er sonst Sinn für diese Feinheiten hat, zudem noch den sozialen Sinn der reichen Herrschaften pflichtschuldigst bewundern. Die begnügen sich nämlich in aller Bescheidenheit damit, die Flaschen auszutrinken, während sie dem Erlös für die leeren Flaschen größtenteils dem Hauspersonal überlassen. Nur manchmal soll es vorkommen, daß hoffnungslosste Hausköche oder Hausdöchter das Geld für die leeren Flaschen einheimen, die es dann aber sicher an Arme und Hungernde — ver-schenken!

# Der Händlerstreik in den Markthallen.

## Proteste gegen die hohen Frachten.

Die Markthallen sind auch heute leer. Kaum ein Stand, mit Ausnahme der städtischen Verkaufsstellen, die starke polizeiliche Bedeckung erhalten haben, ist geöffnet und vor diesen Ständen herrscht in den Morgenstunden ein fast lebensgefährliches Gedränge, da die Nachfrage nach Kartoffeln sehr groß ist. Auch der Streik der Schlächter in den Markthallen, die schnell bereit waren, die Gelegenheit für sich auszunutzen, macht sich unangenehm fühlbar. Die städtischen Verkaufsstände vermachten dem Ansturm der Käufer noch nicht zu genügen und aus „Sympathie für die Ausständigen“ haben auch eine ganze Anzahl von Fleischereien außerhalb der Markthallen ihre Betriebe eingeschränkt. Diese Protestaktion soll sich allerdings weniger gegen den Magistrat als vor allem gegen das Reichsverkehrsministerium richten, dessen Frachtpolitik nach den Erklärungen der Händler die Heranführung von Lebensmitteln in aller nächster Zeit sehr erschweren dürfte. So kostet ein Waggon Keffel aus Würtemberg eine Million Mark Fracht, d. h. 50 M. Fracht für ein Pfund Keffel. Spinat aus Magdeburg wird mit 25 M. Fracht, Kohl aus der Umgebung Berlins mit 25 M. pro Pfund belastet. Unter diesen Umständen erklären Groß- und Kleinhändler nicht mehr kaufen oder liefern zu wollen und verschiedene amtliche Stellen wollen jetzt selbst im Interesse der zu versorgenden Bevölkerung beim Reichsverkehrsministerium vorstellig werden. Die Gerüchte, daß auch die Bäcker sich dem Streik der Lebensmittelhändler anschließen wollen, um eine Brotpreis-erhöhung durchzusetzen, entbehrt, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, jeglicher Begründung. Die Bäcker sind weder von den Streikenden zu einer Unterstützungsaktion aufgefordert worden, noch würden sie einem solchen Wunsch Folge leisten.

## Die Händler wollen verhandeln.

Im Saalbau Friedrichshain tagte heute vormittag eine überfüllte Versammlung der streikenden Groß- und Kleinhändler der Markthallen. Der Referent Dr. Eisner, Generalsekretär des Verbandes der Großhändler, wandte sich in scharfen Ausführungen gegen den Magistrat und den Polizeipräsidenten. Die vom Direktor der Markthallen gegebene Darstellung über den Einfluß der Gebührenerhöhung auf die Preise sei durchaus irreführend. Früher haben die Standmieten keine wesentliche Rolle gespielt, jetzt aber sei es gänzlich anders geworden. Gewiß seien die Preise vieler Lebensmittel mehr gestiegen als die Standmieten, aber der Umkehr sei bedeutend zurückgegangen und mit ihm die Einnahmen. Infolgedessen sei tatsächlich die Erhöhung der Standmieten größer als die Erhöhung der Einnahmen. (?) Dem Polizeipräsidenten bestritt er die Berechtigung, bei Einstellung des Betriebes die Handelsverträge zu entziehen. Er forderte, daß die Kosten der Markthallen auf die Allgemeinheit übernommen werden, weil sie der Allgemeinheit zuzurechnen kommen. Wenn der Großhändler durch weitere Erhöhung der Standmieten aus den Markthallen verdrängt werde, so würde die Zentralisierung des Großhandels ausbleiben. Damit wäre auch die preisregulierende Wirkung dieser Zentralisation aufgehoben. Er legte eine Resolution vor, durch die die Versammlung die Vorstände der Verbände ermächtigt, mit dem Magistrat eigene Verhandlungen zu führen und Verträge abzuschließen, die ein Entgegenkommen des Magistrats bedeuten und eine Stabilisierung der Standmieten auf lange Zeit bringt. In einer ausgedehnten Debatte ergriffen Vertreter der Kleinhändler und der Mittelhändler sowie mehrere Stadtratsmitglieder das Wort. Bei Schluß des Berichtes dauerte die Versammlung fort.

In beteiligten Kreisen glaubt man, daß die Besprechungen, die zurzeit im Polizeipräsidium zwischen den zuständigen Deputierten und den Großhändlern stattfinden, ein günstiges Ergebnis haben werden.

# Trinkgelder auf der Eisenbahn.

## Gegen die Bevorzugung der valutaschwachen Ausländer.

Die Klagen über Bevorzugung der Ausländer vor den deutschen Reisenden in den Zügen haben in letzter Zeit zugenommen. Der Reichsverkehrsminister wendet sich jetzt in einer Verfügung gegen die Mißstände, die sich scheinbar aus der Trinkgeldgebreudeigkeit mancher valutaschwacher Ausländer ergeben haben, und weist darauf hin, daß gegen die Belegung mehrerer Plätze durch eine Person auch bei Lösung der entsprechenden Zahl von Fahrkarten einzuschreiten und die nach dem Personen- und Gepäcktarif zulässige Belegung ganzer Abteile durch einzelne Reisende vorläufig bis auf die Fälle auszusparen ist, wo besondere Belegung dazu ergeht. „Den Ausländern wird auch im übrigen vom Zugpersonal“, so heißt es weiter in der Verfügung, „vielfach größere Aufmerksamkeit bei der Anweisung von Plätzen und größerem Entgegenkommen bei Handreichungen, z. B. bei Unterbringung von Gepäckstücken, gezeigt als den Inländern, offenbar in der Erwartung, daß dafür reichliche Trinkgelder gegeben werden. Das trifft besonders auch

für die Schlafwagen zu. Die Annahme von Trinkgeldern ist an sich unzulässig, sie ist auch dem Ansehen der gesamten Beamenschaft in hohem Grade abträglich. Bedienstete, die sich aber gar durch Trinkgelder bewegen lassen, Unterschiede in der Fürsorge für die Reisenden eintreten zu lassen und deutsche Reisende gegenüber zahlkräftigen Ausländern zurückzusetzen, handeln würdelos und grab-pflichtwidrig. Gegen ein solches Verhalten muß mit aller Schärfe eingeschritten werden.“ — Der Reichsverkehrsminister droht, das unzulässige Bevorzugung von Ausländern außer einer Bestrafung die sofortige Zurückziehung aus dem Personenzugdienst zur Folge haben werde, und die Kontrollbeamten werden angewiesen, das Verhalten der Zugbeamten den Ausländern gegenüber besonders scharf zu überwachen. Es sei weiter beobachtet worden, daß namentlich von den Ausländern unzulässig viel Handgepäck in die Abteile genommen wird, wobei sie die willkürliche Unterfertigung der Gepäckträger finden; vielfach wird sogar Gepäck in den Gängen untergebracht. Auch gegen diesen Mißbrauch soll mit aller Schärfe eingeschritten werden.

# Geheimnisvoller Liebestod.

## Zwei Leichen aus dem Wald von Königswusterhausen entführt.

Ein geheimnisvoller angeblicher Doppelselbstmord im Walde beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Ein Mann, der am zweiten Feiertage in der Nähe der Funkengroßstation bei Königswusterhausen im Walde Stübchen ausraubte, beobachtete, wie er mitteilte, zwischen 9 und 9 1/2 Uhr vormittags drei Männer, die sich im Walde zu schaffen machten, während auf der Chaussee zwei Automobile hielten. Er ging näher heran und sah nun, daß einer der Männer auf seinen Armen ein augenscheinlich totes Mädchen trug, das eine Schußverletzung an der Schläfe hatte. Ein zweiter Mann legte jetzt eine Decke über die Leiche und trug diese dann in einen der Kraftwagen, um sie dort zu betten. Gleich darauf wurde ebenso ein junger Mann nach dem Wagen getragen und ebenfalls hineingelegt. Als der Beobachter verwundert fragte, was da los sei, erwiderte der dritte Mann barsch und zurückweisend, es handle sich um ein Liebespärchen, das sich erschossen habe. Sie nahmen die Leichen mit, die Sache sei erledigt. Alle drei Männer bestiegen nun das zweite Auto, und beide Wagen fuhren in der Richtung nach Berlin zu davon. Es waren dunkle offene Wagen. Auf ihre Kennzeichen hat der Mann nicht geachtet. Das Mädchen mochte etwa 16 Jahre alt gewesen sein, der junge Mann vielleicht 17 bis 18 Jahre. Einer der drei Männer äußerte seine Zufriedenheit darüber, daß sich der junge Mann erschossen habe. Der Beobachter nahm an, daß zwei der Männer die Täter der Taten seien. Der dritte Mann fiel ihm durch seine stramme Haltung und seinen feidgrauen Mantel auf. Er hielt diesen für einen Postbeamten. Der Leiter der Ermittlungszentrale des Polizeipräsidiums, Kriminalkommissar Gahmick, hat mit seinen Beamten eingehende Nachforschungen zur Aufführung angestellt. Es ist aber bis jetzt nicht gelungen, zu ermitteln, um wen es sich bei der angeblichen Liebestatthat gehandelt hat, und wo die Leichen geblieben sein mögen. Die Führer der beiden Automobile und alle anderen, die zur Aufführung betrogen hätten, werden dringend erucht, sich bei Kriminalkommissar Gahmick im Zimmer 45 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 502, zu melden.

# Der Januar-Zucker.

Im Monat Januar werden für Groß-Berlin die beiden mit dem Wort „Januar“ bezeichneten Abchnitte A und B der Zuckerteile mit je 1 Pfund Zucker geliefert.

# Geschäft mit der Varnherzigkeit.

In den Filmateliers zu Tempelhof, Oberlandstraße, wird augenblicklich ein Film mit religiöser Tendenz gedreht. Hierzu werden naturgetreue Arme (Typen) an Stelle von Schauspielern, die sonst durch Waacke derartige Typen verfertigen, gebraucht. Die hiesige Firma holte sich ihre Typen aus dem Umland für Obbadohloß, — Kun trat die Varnherzigkeit in Aktion! Darstellern resp. Schauspielern muß man momentan pro Tag ein Honorar von 2500 M. zahlen. Die Kernsten der Arme aber benutzt man als Lohnbrüder, indem man ihnen großzügigerweise 1500 M. Tagesgage zahlt. Ein Beweis, daß Christenpflicht und Nächstenliebe immerhin noch ein gutes Geschäft sind.

**Noch immer Klante-Prozess.** Zur heutigen Verhandlung wurde Klante, der ebenso wie gestern völlig apathisch ist, auf der Bahre in den Gerichtssaal geschafft. Er nimmt an der Verhandlung weder durch Wort noch durch Geste teil, man weiß überhaupt nicht, ob er dem, was vor sich geht, folgt und folgen kann. Zu Beginn der Verhandlung griff Rechtsanwalt Bahn noch einmal auf das Gutachten des gerichtsarztlichen Ausschusses, des früheren Medizinalkollegiums zurück, aus dem hervorgeht, daß Klante nicht verhandlungsfähig ist. Klante sei nicht nur jetzt verhandlungsfähig, sondern er sei es während der ganzen Verhandlung gewesen. Die Verteidigung könne von diesem Standpunkt, den sie von Anfang an vertreten habe, nicht abgeben. Bäckerrichter Wedig gab alsdann ein Gutachten ab. Die Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Welt und Bahn, mochten noch einmal Bedenken gegen Wedig geltend, weil dieser wegen einer Honorarfrage seinerzeit mit Klante in Differenzen geraten sei. Wedig betonte, daß die Bächer des Bestfingers in keiner Weise den Anforderungen einer geordneten Buchführung standhalten könnten.

Zu dem Raubmordverurteilten in Steglitz wird mitgeteilt, daß die falsche Stütze noch nicht ermittelt ist. Sie ist etwa 25 bis 26 Jahre alt und besonders kenntlich an roten Flecken im Gesicht, wie sie bei nervösen Personen infolge innerer Erregung auftreten. Die „Stütze“ gab als ihren Vornamen Mariha an, erzählte, daß ihr Vater Eisenbahnbeamter sei und sprach auch von Gärlich. Wichtige Anhaltspunkte für ihre Ermittlung sind eine blaue Uhr und ein weißes Taschentuch, die am Tatort zurückgeblieben sind. Es ist ein Herentassentuch mit den Zeichen J. S. Nach den Ermittlungen hat die Stütze den Mittäter nachts gegen 3 Uhr in die Wohnung eingeladen. Dieser Mann hat gegen 5 1/2 Uhr morgens die Wohnung verlassen, den Schlüssel mitgenommen und ihn am vorderen Gartenort von innen stecken lassen. Als Werkzeug ist augenscheinlich ein Hammer oder ein hammerähnlicher Gegenstand benutzt worden. Die Ueberfalle sind nicht, schwer verletzt, dardene. Weitere Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Gennat im Polizeipräsidium Berlin entgegen.

**Eine Waisenfrau des „Vorwärts“,** deren Mann arbeitslos ist, verlor Mittwoch nachmittags gegen 5 1/2 Uhr Goldamer Straße, Ecke Eberharder Straße, eine Brieftasche mit etwa 5000 M. Inhalt. Der ebliche Finder wird um Rückgabe an Frau Nagel, Berlin, Steinmetzstr. 74, gebeten.

**Was fordert das neue Jahr von der deutschen Republik?** Ueber dieses Thema referieren in der großen Neujahrsvorlesung des Deutschen Republikanischen Reichstages, die für Freitag, den 3. Januar, 7 1/2 Uhr, nach den Kammerjällen, Zeltower Straße, einzufinden werden ist, der würtembergische Gesandte in Berlin Hildebrand, Landtagsabgeordn. Racht, Ignaz Wrobel, Reichstagsrat Karl Koller, Senatspräsident Großmann.

# Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kälter, zeitweise heiter, jedoch überwiegend trübe und neblig, bei mäßigen nordwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

37. Wkt. Deute abend 7 1/2 Uhr Sitzung aller Funktionäre und Vorstandsmitglieder des Reichsverbandes. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1920. 2. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1921. 3. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1922. 4. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1923. 5. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1924. 6. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1925. 7. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1926. 8. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1927. 9. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1928. 10. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1929. 11. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1930. 12. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1931. 13. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1932. 14. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1933. 15. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1934. 16. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1935. 17. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1936. 18. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1937. 19. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1938. 20. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1939. 21. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1940. 22. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1941. 23. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1942. 24. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1943. 25. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1944. 26. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1945. 27. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1946. 28. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1947. 29. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1948. 30. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1949. 31. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1950. 32. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1951. 33. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1952. 34. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1953. 35. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1954. 36. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1955. 37. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1956. 38. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1957. 39. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1958. 40. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1959. 41. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1960. 42. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1961. 43. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1962. 44. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1963. 45. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1964. 46. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1965. 47. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1966. 48. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1967. 49. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1968. 50. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1969. 51. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1970. 52. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1971. 53. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1972. 54. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1973. 55. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1974. 56. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1975. 57. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1976. 58. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1977. 59. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1978. 60. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1979. 61. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1980. 62. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1981. 63. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1982. 64. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1983. 65. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1984. 66. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1985. 67. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1986. 68. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1987. 69. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1988. 70. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1989. 71. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1990. 72. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1991. 73. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1992. 74. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1993. 75. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1994. 76. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1995. 77. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1996. 78. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1997. 79. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1998. 80. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 1999. 81. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2000. 82. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2001. 83. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2002. 84. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2003. 85. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2004. 86. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2005. 87. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2006. 88. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2007. 89. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2008. 90. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2009. 91. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2010. 92. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2011. 93. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2012. 94. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2013. 95. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2014. 96. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2015. 97. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2016. 98. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2017. 99. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2018. 100. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2019. 101. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2020. 102. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2021. 103. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2022. 104. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2023. 105. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2024. 106. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2025. 107. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2026. 108. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2027. 109. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2028. 110. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2029. 111. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2030. 112. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2031. 113. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2032. 114. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2033. 115. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2034. 116. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2035. 117. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2036. 118. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2037. 119. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2038. 120. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2039. 121. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2040. 122. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2041. 123. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2042. 124. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2043. 125. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2044. 126. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2045. 127. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2046. 128. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2047. 129. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2048. 130. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2049. 131. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2050. 132. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2051. 133. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2052. 134. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2053. 135. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2054. 136. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2055. 137. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2056. 138. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2057. 139. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2058. 140. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2059. 141. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2060. 142. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2061. 143. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2062. 144. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2063. 145. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2064. 146. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2065. 147. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2066. 148. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2067. 149. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2068. 150. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2069. 151. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2070. 152. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2071. 153. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2072. 154. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2073. 155. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2074. 156. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2075. 157. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2076. 158. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2077. 159. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2078. 160. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2079. 161. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2080. 162. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2081. 163. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2082. 164. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2083. 165. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2084. 166. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2085. 167. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2086. 168. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2087. 169. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2088. 170. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2089. 171. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2090. 172. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2091. 173. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2092. 174. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2093. 175. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2094. 176. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2095. 177. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2096. 178. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2097. 179. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2098. 180. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2099. 181. Bericht über die Tätigkeit des Reichsverbandes im Jahre 2100.

